

Die lautlose Privatisierung existenzieller Risiken: Die Berufsunfähigkeitsversicherung als Exempel sozioökonomischer Finanzbildung

Hippe, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hippe, T. (2021). Die lautlose Privatisierung existenzieller Risiken: Die Berufsunfähigkeitsversicherung als Exempel sozioökonomischer Finanzbildung. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 70(4), 607-619. <https://doi.org/10.3224/gwp.v70i4.15>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die lautlose Privatisierung existenzieller Risiken

Die Berufsunfähigkeitsversicherung als Exempel sozioökonomischer Finanzbildung

Thorsten Hippe

Zusammenfassung

Der Text macht anhand des Exempels der Berufsunfähigkeitsversicherung einen Vorschlag, wie man integrative, kritisch-kontroverse, sozioökonomische – also sozialwissenschaftliche – Finanz-Bildung statt ökonomisch-funktionalistischer Finanz-Erziehung konzipieren kann.

1. Pragmatische Konzepte sozialwissenschaftlicher Finanzbildung – ein Desiderat?

Klagen über mangelndes Finanzwissen und Forderungen nach „mehr Finanzbildung“ (z.B. Hagelüken 2020, 88) in der Schule, in die auch der Präsident des deutschen Lehrerverbands einstimmt (FAZ 19.12.19), haben Konjunktur. Zunehmend bilden sich private Initiativen, die Schulen Nachhilfe geben wollen (FAZ 8.1.21, 8.12.20).

Die sozialwissenschaftliche/sozioökonomische Fachdidaktik (z.B. Hedtke 2018) kritisiert daran, dass gängige Unterrichtskonzepte, die Finanzwissen fördern wollen, massive fachdidaktische Defizite aufweisen. Sie folgten implizit dem Motto „Anpassen statt aufklären“ (Hedtke 2018), da sie sich auf die individuell-praktische Bewältigung finanzieller Lebenssituationen auf der Mikroebene verengen. Die Frage nach Eignung und Legitimität des institutionellen Rahmens, in dem diese Situationen zu bewältigen sind, also die Frage nach politischer Reformbedürftigkeit und Gestaltbarkeit der Makroebene, werde mehr oder minder ausgespart. Dasselbe gelte für die Rolle sozialer Ungleichheit bei der Bewältigbarkeit dieser Lebenssituationen.



Dr. Thorsten Hippe

Akademischer Rat, Universität Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät

Das sei inakzeptabel, zumal Finanzbildung von Finanzindustrie und Politik oft als Ersatz für effektive politische Regulierung vorgeschoben werde. Die von der Verhaltensökonomik entdeckten, unbewussten, non-rationalen Verhaltensanomalien der Kunden könne man so aber ebenso wenig beheben wie die von der Institutionenökonomik betonten hohen Transaktionskosten (Informations-, Vergleichs-, Verhandlungs-, Kontroll- und Konfliktkosten bei Finanzverträgen als komplexen Vertrauensgütern) und daraus folgende Informations- und Machtasymmetrien zwischen Kunde und Anbieter.

Andererseits wird der sozioökonomischen Fachdidaktik von der *ökonomischen* Fachdidaktik (z.B. Seeber 2014) umgekehrt vorgehalten, sie verenge sich auf das Politische, blende die Mikroebene aus und biete kein praktisches Handlungswissen für individuelle Finanzsituationen. Zudem sei sozioökonomische Bildung für Schule zu komplex (ebd.), da sie zu viele Aspekte, Perspektiven, Fachdisziplinen etc. einbeziehe, sodass sie keine *pragmatischen* Konzepte zur Finanzbildung biete.

Offenbar steht Finanzbildung vor der integrationsdidaktischen Herausforderung, wie man Mikro- und Makroebene, Wirtschaft und Politik, Verbraucherkompetenz und sozialkritische Reflexion nicht nur theoretisch, sondern auch pragmatisch-konkret zusammendenken kann. Wie kann das gelingen?

Ein prioritärer Bereich der Finanzbildung sind freiwillige Privatversicherungen: gemäß der Vorsorgepyramide (Bareis/Nauhauser 2009, 61) als Leitbild kompetenter Finanzplanung sollten Bürger *zuerst* existenzielle Risiken absichern (Schritt 1), bevor sie 2) Notgroschen sparen, 3) Kredite tilgen und 4) Vermögen bilden. Die Freiwilligkeit ist bei manchen Privatversicherungen tückisch, da sie laut Verbraucherschützern für viele Bürger zum Schutz vor desaströsen finanziellen Risiken eigentlich ein „Muss“ sind.

Zwar bieten Verbraucherorganisationen dazu Unterrichtskonzepte (Finanztest 2021; iff o.J.; Verbraucherzentrale 2018) an, doch leiden auch diese an den obigen Kritikpunkten: unpolitische Verengung auf die Mikroebene, fehlende Frage nach politischer Reformbedürftigkeit und Ausblendung der Rolle sozialer Ungleichheit.

Dabei wäre v.a. die private Berufsunfähigkeitsversicherung (BUV) ein gut geeigneter exemplarischer Gegenstand für integrative *sozioökonomische (sozialwissenschaftliche)* Finanzbildung. Das begründe ich im Folgenden und skizziere Strukturen eines pragmatischen Vorschlags, der zeigt, wie man dieses Exempel fachdidaktisch *klar strukturieren* und dabei acht Konzepte sozialwissenschaftlicher Bildung umsetzen kann: 1) Integration von ökonomischer, politischer und sozialer Dimension, 2) Kontroversität, 3) politische Urteilsbildung, 4) Mündigkeit im Sinn des Schutzes eigener Interessen, kritischer Reflexion der Realität und sozialer Verantwortung, 5) Problemorientierung, 6) Situationsorientierung und 7) Schülerorientierung. Zudem zeige ich *Optionen*, wie man 8) das genetische Prinzip (Petrik) in kleiner Form einbauen kann, da es dezidiert für die Maxime „Aufklären statt anpassen“ (Hedtke 2018) steht.

2. Bildungsrelevanz des Exempels Berufsunfähigkeitsversicherung (BUV)

Unabhängige Verbraucherschützer zählen die private BUV zu den wenigen Privatversicherungen, die fast jeder unbedingt benötigt: bei Berufsunfähigkeit ohne Versicherungsschutz drohen in Deutschland sozialer Abstieg und Armut, da die gesetzliche *Erwerbsunfähigkeitsversicherung* (EWUV) kein adäquates Leistungsniveau bietet (Sternberger-Frey 2014). Das gilt v.a. für junge Berufsanfänger, deren Anspruchsrecht auf EWU-Rente sehr restriktiv ist (z.B. kein Anspruch in den ersten fünf Beitragsjahren). Die Häufigkeit des Risikos ist beachtlich: im Lauf des Berufslebens werden ca. 25% aller Arbeitnehmer einmal vorzeitig berufsunfähig. Dennoch besitzt weniger als die Hälfte der Bürger eine BU-Police, und wenn doch, dann oft mit defizitären Konditionen (z.B. zu geringe Versicherungssumme).

Das liegt auch daran, dass laut repräsentativer Umfragen unter Bürgern einige irri-ge, didaktisch reflexionsbedürftige Fehlannahmen zur BU(V) verbreitet sind. Fast die Hälfte der Erwachsenen hat sich nicht über das Thema informiert (Die Continentale 2019). Viele Bürger unterschätzen das Risiko: nur 16% sehen ein großes Risiko für sich, berufsunfähig zu werden (ebd.). Die Mehrheit der Bürger hält Immobilien, Sparen und Unfallversicherungen für gute Vorsorgemaßnahmen gegen BU (ebd.), obwohl das nicht oder nur sehr begrenzt zutrifft. Ein Viertel, bei jüngeren Bürgern ein Drittel, glaubt, der staatliche Schutz sei genug und eine private Versicherung unnötig (ebd.), obwohl das falsch ist (Sternberger-Frey 2014).

Die Mehrheit will max. 25€/Monat für eine BUV zahlen, was deutlich unter Marktpreisen liegt (je nach Berufsgruppe und Anbieter ca. 50-500€/Monat für 1500€ Rente/Monat). Eine wichtige Option, eine BU-Police *preiswert* zu erwerben, ist, diese früh als Schüler/in abzuschließen, was Verbraucherschützer explizit empfehlen (finanztip 2021b):

„Daher empfehlen wir dringend den Abschluss einer privaten Berufsunfähigkeitsversicherung. Auch Schüler und Studenten sollten sich bereits um eine erste BU-Absicherung bemühen. Sie profitieren oft noch von den günstigen Beiträgen und von einer vorteilhaften Einstufung der Berufsgruppe.“ (<https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/geld-versicherungen/weitere-versicherungen/diese-versicherungen-sind-zum-ende-der-schulzeit-wichtig-12883>)

Auch wenn das im Unterricht kontrovers bleiben muss (s.u.), liegt hier der bei anderen Themen seltene Fall einer für Schüler *direkt* relevanten, wichtigen persönlichen Entscheidungsfrage vor: „Soll ich (bzw. meine Eltern für mich) *bald* eine BUV abschließen? Falls ja, wo und wie?“ Aufklärung ist sinnvoll, weil nur 23% der Erwachsenen wissen, dass Schüler eine BUV erwerben können. Insofern ist das Exempel schülerorientiert.

Fachlicher Wissensbedarf folgt auch daraus, dass jene Befragten, die eine BUV besitzen, diese direkt beim Versicherungsanbieter (85%) bzw. via Online-Vergleichsportal (10%) erworben haben. Davon raten Verbraucherschützer wegen der Interessenkonflikte der Anbieter bzw. der Relevanz *individueller* Beratung ab.

Mündigkeit fördert das Exempel nicht nur in ökonomischer Verbraucherbildung, sondern auch in Wertebildung und politischer Bildung. Nicht nur deshalb, weil man

den heutigen *faktischen* Ausschluss einiger Bürger (z.B. mit Vorerkrankungen wie Diabetes) vom Zugang zur privaten BUV und die politische Untätigkeit dagegen als ethisch fragwürdig werten mag. Vielmehr ist die BUV auch ein Exempel für die generelle politische Kontroverse um die Gestaltung des Sozialstaats zwischen Eigenverantwortung und Solidarität, das die zeitgeschichtliche Gewordenheit und lautlose, aber radikale politische Reform eines Politikfelds (Privatisierung der gesetzlichen BUV 2001 im Schatten der Riester-Rentengesetzgebung) illustriert – eine Reform, die manche renommierte Juristen als „Verfassungsbruch“ (Schwintowski 2015) brandmarken (s.u.).

3. Fachdidaktische Strukturierung des Themas: „Dauerhaft zu krank zum Arbeiten – wie schützen wir uns gegen Folgen von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit?“

Die Fragestellung eines Unterrichts zur BU(V) kann darin bestehen, zu ergründen, was:

- a) eine *Gesellschaft grundsätzlich* gegen damit verbundene finanzielle Risiken tun kann (z.B. Versicherung(en) gründen),
- b) was *individuelle Verbraucher* tun können, um sich abzusichern (falls man will), wie man dabei vorgehen sollte und auf welche Probleme das stößt,
- c) welche kontroversen *politischen* Optionen *Staatsbürger* haben, die Bevölkerung durch Gesetze effektiv gegen das finanzielle Risiko zu schützen und welche Option die Lernenden am ehesten befürworten.

3.1 Phase 1: Erwerbs- und Berufsunfähigkeit – was ist das? Welche offenen Fragen wirft dieses Problem auf?

Ein problemorientierter Einstieg kann Lernende zur Sensibilisierung anhand diverser situationsorientierter Fallbeispiele (Verbraucherzentrale 2016, 14; BMAS 2015; Dörsch 2021) vorerst *nur* mit dem *reinen* Basisproblem konfrontieren, also anschauliche Prozesse des „erwerbs-/berufsunfähig werden“ – *ohne* Begriffe wie „Armut“, „Versicherung“ o.ä. – darbieten. Ziel ist, Interesse, Empathie und Risiko- und Problembewusstsein zu wecken, indem man sie bittet, zu überlegen, wie sie sich an Stelle der Betroffenen fühlen würden und alle sich aus den Fällen ergebenden offenen Fragen zu formulieren (z.B. ob Berufsunfähige in Armut leben), die *aber erst später* (s.u.) erörtert werden.

Als erste Fragen kann man anhand von Statistiken (Die Continentale 2019; Helberg 2021) klären, welche Berufe wie stark gefährdet sind, wie viele Bürger im Schnitt betroffen sind und mit Umfragen zum Risikobewusstsein der Bevölkerung kontrastieren und das interpretieren lassen. Zudem kann man Statistiken zu realen (v.a. psychische Krankheiten) und von der Bevölkerung vermuteten Ursachen vergleichen.

3.2 Phase 2: Versicherung als soziale Basis“technologie“ – wie funktioniert das? Welche Vorteile hat sie?

3.2.1 Option 2a: Traditionelle Lernwege

In vielen Unterrichtskonzepten wird die kategoriale Institution Versicherung nicht aktiv genetisch (Petrik 2007) erarbeitet, sondern Lernenden direkt genannt und vorgeführt, indem man sie fragt, welche Versicherungen sie kennen, welche die Eltern haben etc. oder eine Versicherung wird simulativ nachgespielt. Analoge Optionen bei der BUV wären, a) das Vorwissen der Lernenden zur BUV direkt abzufragen, b) sie Vermutungen zum EWUV/BUV-System in Deutschland anstellen zu lassen, c) sie recherchieren zu lassen, ob es in Deutschland Versicherungen gegen EWU/BU gibt und d) eine BUV zu simulieren. Der didaktische Nachteil wäre, dass Lernende so primär nur die Realität reproduzieren, aber kaum *genuin eigene* Ideen kreieren.

3.2.2 Option 2b: Ein genetischer Lernweg

Eine alternative *Option* ist, das genetische Prinzip (Petrik 2007) – in kleinem Format – anzuwenden, d.h. ein fiktives *institutionenloses* Problemszenario einzusetzen, in dem Lernende die Institution Versicherung und deren prinzipielle Funktionsweise *aktiv selbst „entdecken“* sollen; wo sie also selbst auf die Idee kommen können, dass eine Versicherung (oder ggf. etwas anderes) eine Lösung für das Problem BU sein kann. Lernende würden kein fiktives Dorf gründen, aber eine fiktive Versicherung (ggf. entwickeln sie auch andere, für Lehrende überraschende Lösungsideen). Die Skizze eines solchen fiktiven Problemszenarios zeigt Kasten 1 – den Inhalt kann man abwandeln, kürzen, vereinfachen o.ä.

Kasten 1: Einige Menschen im Land XY sind arm dran...

Im Land XY haben die Bürger ein Problem. Jede/r vierte von ihnen wird im Lauf seines Lebens so krank oder hat einen so schweren Unfall, dass sie/er entweder gar nicht mehr arbeiten kann oder nur noch in Teilzeit (ein bis sechs Stunden am Tag statt wie üblich acht) – dauerhaft, nicht nur vorübergehend.

Die Ursachen sind Unfälle auf der Arbeit, aber auch in der Freizeit, oder Krankheiten, die durch Berufsausübung entstanden sind, oder außerhalb des Berufs.

Das passiert mehr oder weniger lang vor der Rente. Zuweilen sind auch junge Berufsanfänger betroffen.

Ein Teil dieser Bürger verliert nur die Fähigkeit, in ihrem gelernten, bisherigen Beruf zu arbeiten. Sie könn(t)en in anderen Berufen, aber oft mit deutlich weniger Gehalt und weniger sozialem Ansehen, ganz oder teilweise weiter arbeiten (Berufsunfähigkeit). Ein anderer Teil der Betroffenen verliert ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder teilweise (Erwerbsunfähigkeit).

In manchen Berufen ist das Risiko hoch (z.B. Gerüstbauer, Bergleute, Dachdecker). Dort sind über 50% eines Jahrgangs von vorzeitiger Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit betroffen. In anderen Berufen ist das Risiko gering, dort sind es unter 10% (z.B. Ärzte, Mathematiker, Architekten). Das Risiko steigt auch durch Rauchen.

Die meisten Betroffenen leben in großer Armut, da sie kein oder nur noch ein geringe(re)s Einkommen verdienen können.

[Einige gesunde Bürger versuchen, zur Vorsorge viel Geld zu sparen, um sich gegen das Risiko zu wappnen. Allerdings muss ein Mensch dafür extrem viel Geld sparen. Z.B. müsste ein 42-jähriger, der völlig erwerbsunfähig wird, ca. 600.000€ gespart haben, um die 25 Jahre bis zum Rentenalter von 67 zu überbrücken, wenn er in dieser Zeit ein Monatseinkommen von 2.000€ haben möchte (25 x 12 x 2000). Obendrauf muss er für die Rente sparen.

Viele Bürger klagen, dass sie nicht genug Geld haben, um so viel zu sparen. Junge Menschen, die erwerbs- oder berufsunfähig wurden, kritisieren, dass die Zeit zum Sparen für sie viel zu kurz war. Ältere Bürger, die viel für das Risiko gespart haben, aber gesund bleiben, ärgern sich: „Ich weiß nicht, wofür ich das viele Geld ausgeben soll, das ich nun gar nicht brauche. Aber verschenken will ich es nicht! Als ich jung war, hat mir das Geld gefehlt, z.B. für Reisen. Aber damals musste ich sparen.“]

Die gewählten Vertreter der Bürger treffen sich, um zu überlegen, ob es eine gemeinsame Lösung des Problems gibt, die für alle Vorteile hat und wie die aussehen kann.

Aufgabe: Wie könnte ein Lösungsvorschlag für das Problem aussehen?

Die eckig eingeklammerten Abschnitte, die die Lösungsoption „Sparen“ bereits verwerfen, kann man weglassen. Dann können Lernende auf die Idee „Sparen“ kommen, sodass man sie kritisch erörtern kann und muss, denn sie sollten verstehen, dass und warum Sparen hier wie bei anderen Lebensrisiken (z.B. private Haftpflicht) eine fragwürdige Lösung ist.

Damit Lernende potenziell verschiedene Lösungsideen entwickeln können, die man ggf. vergleichen und kritisch (z.B. bzgl. Tragfähigkeit und Legitimität) erörtern kann, bietet sich zu Beginn Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit an. Wichtig ist, dass das Grundprinzip der Funktionsweise einer Versicherung und deren Vorteile zumindest von einer Gruppe im Ansatz „entdeckt“, im Plenum erörtert und bei allen Lernenden gefestigt wird. Auch die Idee einer staatlichen Lohnersatzleistung bei BU ist im Kern eine (Sozial-)Versicherung.

Im Anschluss besteht (auf höherem Kompetenzniveau) eine *Option* darin, die genetische Vorgehensweise zu forcieren, indem man fragt, wie die gefundene Lösung „Versicherung“ genauer ausgestaltet werden soll (Kasten 2). Dabei bietet sich Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit vor dem Plenum an, um potenziell verschiedene Ideen vergleichen zu können. Die Aufgabe kann man im Grad der Hilfestellung (eckig eingeklammert) je nach Lerngruppe variieren.

Kasten 2: Wie genau soll die Versicherung funktionieren?

Aufgabe: Wie genau soll die Versicherung organisiert sein und funktionieren? [Mögliche Aspekte, über die man nachdenken kann: Sollen die Bürger zwischen verschiedenen Versicherungen wählen können oder soll es eine einzige Versicherung für alle geben? Soll die Versicherung Pflicht oder freiwillig sein? Soll die Höhe der Versicherungsbeiträge für alle gleich sein oder individuell variieren? Soll die Höhe der Versicherungsleistungen für alle gleich sein oder variieren? Sollen die im Text genannten Unterschiede zwischen Krankheit und Unfall, jung und alt, Arbeit und Freizeit, Schweregrad der Beeinträchtigung usw. dabei eine Rolle spielen? Wer soll ab wann unter welchen Bedingungen ein Recht auf Leistungen haben?]

Solche genetischen Aufgaben folgen dezidiert der Maxime „Aufklären statt anpassen“ (Hedtke 2018), da Lernende erst *selbst ein/e Institution/System in rudimentärer Form aktivieren* und individuell nach eigener Präferenz formen, bevor sie das reale System in

Deutschland kennenlernen (s.u.). So kann man politische Präkonzepte der Lernenden offenlegen: gestalten sie die Versicherung eher als („sozialdemokratische“) Sozialversicherung (Pflicht, staatliche Verwaltung, einheitliche Versicherungsprämie usw.) oder eher als („liberale“) Privatversicherung (Freiwilligkeit, kommerzielle Angebote im Wettbewerb, risikogerechte Prämien usw.) oder ganz anders? Die Präkonzepte kann man ggf. kontrovers erörtern.

3.3 Phase 3: Die institutionelle Realität – wie ist das System zum Schutz vor finanziellen Folgen von EWU/BU in Deutschland aufgebaut und geregelt?

Nach Erwerb eines Verständnisses der Konzepte „BU“ und „Versicherung“ ist als nötiges Basiswissen zur späteren (s.u.) Urteilsbildung als Verbraucher und Staatsbürger die institutionelle Realität des EWUV/BUV-Systems in Deutschland zu erarbeiten.

Dazu eignet sich z.B. das kurze Unterrichtsmaterial des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS 2015). Allein für sich ist es fachdidaktisch ungenügend, da es ein Negativbeispiel für die von Hedtke (2018) kritisierte Strategie des „Anpassen statt aufklären“ ist: der Anlage des Materials zufolge möchte das Ministerium offenbar nicht, dass Lernende das System offen und kritisch prüfen, sondern sie sollen es nur kennen (implizit: hinnehmen) und damit zurechtkommen. Aber wenn man das Material um die Information ergänzt, wie niedrig das Niveau der gesetzlichen EWU-Rente *in konkreten €-Zahlen* ist (oft unter Existenzminimum, Sternberger-Frey 2014) und das Material als *Vorbereitung* für spätere *kritische* Reflexion (s.u.) nutzt, können Lernende wichtige Punkte erarbeiten:

- was kategoriale Differenzen zwischen gesetzlicher („Staat“) (GUV, EWUV) und privater Versicherung („Markt“) (BUV) sind.
- wie das System aus gesetzlicher Unfallversicherung (GUV), gesetzlicher EWUV und privater BUV aufgebaut ist (Tab. 1).
- dass in Deutschland v.a. für junge Berufsanfänger wegen der Deckungslücken der EWUV (und GUV) eine private BUV eine wichtige Entscheidungsfrage ist.

Tab. 1: Absicherungssystem bei EWU/BU in Deutschland

	Gesetzliche Unfallversicherung		Gesetzliche Erwerbsunfähigkeitsversicherung		Private Berufsunfähigkeitsversicherung
Abgedeckte Risiken	Arbeitsunfall & Berufskrankheit		freizeit- & arbeitsbedingte Unfälle/Krankheiten		freizeit- & arbeitsbedingte Unfälle/ Krankheiten
Berechtigter Personenkreis	Schüler, Studenten, Arbeitnehmer ab 1.Tag		aktuell und mind. 5 Jahre pflichtversichert in GRV		Verbraucher mit BU-Police
Voraussetzung für Leistung	Vollrente: kompletter Verlust der Erwerbsfähigkeit	Teilrente: Minderung Erwerbsfähigkeit um x% (mind. 20%)	Vollrente: fähig zu <3 Std. Arbeit jeglicher Art/Tag	Halbrente: fähig zu 3 bis <6 Std. Arbeit jeglicher Art/Tag	zu mind. 50% unfähig, im Beruf zu arbeiten
Leistungshöhe	ca. 2/3 des Bruttogehalts	x% der Vollrente	ca. 1/3 des Bruttogehalts	50% der Vollrente	abhängig vom Vertrag

Falls Lernende in Phase 2 ein eigenes, genaueres Versicherungskonzept erarbeitet haben, hat das hier den Vorteil, dass man das reale System weniger passiv-rezeptiv erarbeiten lassen muss (Anforderungsbereich (AFB) 1), sondern die Lernenden analytisch vergleichen können, welche Differenzen und Gemeinsamkeiten es zwischen realem System und ihren eigenen fiktiven Systemen gibt (AFB 2). Dieser Vergleich kann ggf. bereits Anlass für *vorläufige* kritisch-kontroverse Fragen/Diskussionen sein (die später systematisch erörtert werden (Phase 5)).

3.4 Phase 4: Verbraucherhandeln im Markt – Soll ich eine private BUV abschließen? Falls ja, wie sollte ich vorgehen und worauf muss ich achten?

Gleichwohl muss sozioökonomische Bildung Lernende fördern, als Verbraucher möglichst mündig, emanzipativ und konfliktfähig zum Schutz eigener Interessen mit dem realen System umzugehen. In Phase 4 kann man diese Aufgabe schülerorientiert angehen, indem man die kontroverse Frage erörtert, ob die Lernenden es jeweils für sich für sinnvoll halten, wenn sie (bzw. ihre Eltern für sie) – wie von Verbraucherschützern empfohlen (s.o.) – eine Schüler-BUV erwerben. Dazu kann man Pro- und Contra-Argumente erarbeiten (Tab. 2; Finanztip 2021b; Bareis/Nauhauser 2009, 267ff.) und abwägen, um in ein individuelles Fazit zu münden. Ggf. kann daran thematisiert und *persönlich erfahren* werden, dass solch diffizile Entscheidungen auch bei intensiver Reflexion wohl vom „Bauchgefühl“ geprägt bleiben und nicht nur rational erfolgen: die möglichen emotionalen Grenzen rationaler Finanzbildung.

Tab. 2: Gründe für/gegen den Abschluss einer privaten Schüler-BUV

Pro-Argumente	Contra-Argumente
deutlich geringerer Monatsbeitrag (dauerhaft, keine Anpassung bei Wahl eines riskanten Berufs)	Monatsbeitrag muss länger gezahlt werden
leichterer Zugang wegen gutem Gesundheitszustand (dauerhaft, keine spätere Vertragsanpassung bei Verschlechterung)	sehr geringes Einkommen als Schüler und Student/Berufsanfänger
Informationen zum Gesundheitszustand (nötig für Vertragsformulare) leichter zu sammeln (weniger umfangreich)	denkbare Alternativen: Wahl eines wenig riskanten Berufs, gute Gesundheitsvorsorge, Vermögen bilden
wegen Deckungslücken der EWUV ist private BUV gerade für Schüler, Azubis und Berufseinsteiger wichtig	Informations- und Beratungsaufwand (genaue Prüfung der Vertragsklauseln nötig, ob wirklich Vorteile für Schüler)
	prinzipielle Unsicherheit, ob Versicherung im Versicherungsfall wirklich zahlt

Danach kann man *exemplarisch* Qualitätskriterien zur Auswahl von Versicherungsangeboten erarbeiten (z.B. Verträge ohne „abstrakte Verweisung“). Mit Hilfe von Texten (finanztip 2021a) kann das z.B. in Form eines Rollenspiels (Simulation eines Experten-Laien-Beratungsgesprächs) erfolgen. Wie Oehler (2013) generell zur Finanzbildung empfiehlt, kommt es dabei *nicht* darauf an, dass Lernende alle Qualitätskriterien

auswendig merken (da es viele, komplexe sind, die sich künftig z.T. womöglich ändern). Zentral ist vielmehr der kategoriale didaktische Kern:

- a) die Erkenntnis, dass Anbieter sehr divergente Konditionen anbieten, sodass Vergleiche wichtig sind.
- b) den Erwerb von *Problembewusstsein*, dass Versicherungsverträge (v.a. die BUV) *multidimensionale, hochkomplexe* Produkte sind und man aufpassen muss, dass Anbieter diese Informationsasymmetrie nicht auf Kosten des Kunden ausnutzen.
- c) den Erwerb von *Problembewusstsein*, dass Versicherungsverträge heute zudem (v.a. die BUV) *stark individualisierte* Produkte sind, Ergebnisse standardisierter Online-Vergleichsportale daher nicht zuverlässig sind und *unabhängige* Beratung wichtig ist.

Somit ist als kategoriales Element von Finanzbildung zu erarbeiten, wo man *unabhängige* Beratung findet (Oehler 2013), d.h. was die Differenz ist zwischen der „Beratung“ durch diverse Akteure und welche Vor- und Nachteile das jeweils hat:

- a) Versicherungs-*Vertreter* (interessengebunden an einen Anbieter)
- b) Versicherungs-*Makler* (interessengebunden an diverse Anbieter via Provisionszahlung)
- c) Versicherungs-*Berater* (anbieterunabhängig, aber Verbraucher müssen ein recht hohes Honorar zahlen)
- d) Bund der Versicherten e.V. (anbieterunabhängig, aber Verbraucher müssen Mitgliedsbeiträge zahlen)
- e) Verbraucherzentrale (anbieterunabhängig, eher geringes Honorar, aber keine direkten Produktempfehlungen)

Es geht also um Erwerb kritischer Reflexionsfähigkeit im Sinn der Erkenntnis der variierenden Interessengebundenheit dieser Akteure und entsprechender Interessenkonflikte.

3.5 Phase 5: Kontroverse politische Alternativen – Was wird am deutschen EWUV/BUV-System kritisiert? Welche Reformkonzepte gibt es? Was ist mein individuelles politisches Urteil?

Während die Phase zuvor *individuelle* Lösungswege erörtert, geht es in der letzten Phase darum, sich ein Urteil zu kontroversen politischen Bewertungen des heutigen EWUV/BUV-Systems und *politischen* Lösungsoptionen zu bilden (*Politisierung*).

Dazu vertieft man zunächst die Problemorientierung: an der privaten BUV werden neben Informationsasymmetrie und Transaktionskosten weitere Punkte kritisiert, wonach das heutige System soziale Ungleichheit verschärfe und sozial ungerecht sei (Sternberger-Frey 2014). Durch Einbezug dieser Kritikpunkte kann man die Maxime umsetzen, dass zur integrativ-sozioökonomischen Finanzbildung die Analyse der Rolle sozialer Ungleichheit für Teilhabechancen auf Finanzmärkten gehört (Hedtke 2018):

- Ausschluss sozial benachteiligter Gruppen wie Bürger mit Vorerkrankungen wie z.B. Diabetes oder hohe Versicherungsprämien („Abschreckungspreise“) für diese (siehe z.B. <https://www.bu-portal24.de/bu-vorerkrankungen.html>)
- hohe Prämienunterschiede zu Lasten sozial eher benachteiligter Berufsgruppen (mit hohem BU-Risiko) wie z.B. Handwerker und zu Gunsten eher privilegierter Berufsgruppen (mit geringem BU-Risiko) wie z.B. Akademiker
- ähnlich gruppenspezifisch-risikoabhängige Begrenzung der Laufzeit der Verträge, d.h. Ende des Vertrags z.T. deutlich vor Rentenalter (z.B. LKW-Fahrer im Schnitt nur bis 62 Jahre), also dann, wenn sich Versicherungsfälle häufen
- opportunistische Verweigerung zustehender Leistungen im Versicherungsfall durch Versicherungsanbieter (die Häufigkeit ist zwischen Verbraucherschützern und Anbietern strittig, da es keine neutrale empirische Datenerfassung gibt), sodass Verbraucherschützer (*allein deshalb*) vor Abschluss einer BUV den Erwerb einer Rechtsschutzversicherung für erwartbare Konflikte dringend empfehlen, was für sozial benachteiligte Gruppen schwer finanzierbar ist

Die Erarbeitung dieser Punkte fördert Mündigkeit in Form von Kritikfähigkeit im Sinn einer kritisch prüfenden Haltung zum heutigen BUV-System.

Eine didaktische Option dazu ist ein situationsorientiertes Vorgehen (MSWWF 1999, 8) mit Hilfe eines Kurzfilms aus einer „Report Mainz“-Sendung, des Interviews mit dem Filmautor (Report Mainz 2015a + b) sowie Grafiken/Tabellen (finanztip 2021a; Sternberger-Frey 2014). Der Film umfasst die obigen Kritikpunkte und enthält Fallbeispiele Betroffener, denen die Versicherungsleistung verweigert wird, also „Situationen, in denen alltägliche Erwartungen und Normen in Widerspruch treten zu ökonomischen oder politischen Machtstrukturen“ (MSWWF 1999, 8) und so zur kritischen Reflexion anregen.

Der Film eignet sich zugleich, zur politischen Ebene überzuleiten, da das politische Nicht-Handeln (Politics) explizit Thema ist (z.B. Sozial- und Verbraucherministerium schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu) und der Autor im Interview gefragt wird, worin „die politische Dimension“ des Problems liege. Diese Frage ist intensiv zu erörtern: „was ist hier das Politische?“

Danach können Lernende *eigene* Lösungsideen zu den o.g. Problemen entwickeln, bevor sie in einer *kontroversen Urteilsbildung* politische/wissenschaftliche Lösungsvorschläge erarbeiten, vergleichen, diskutieren und kriteriengeleitet (Gerechtigkeit, Effektivität, Effizienz) beurteilen. Dazu kann man drei politische Positionen unterscheiden (Tab. 3). Eine wichtige, kontroverse Frage zur Förderung politischer Mündigkeit ist, welches der drei Konzepte man als sozial verantwortbar wertet (Verantwortungsfähigkeit).

Tab. 3: Kontroverse politische Positionen zur BUV

	Rückkehr zur gesetzlichen BUV wie vor 2001	Strengere Regulierung des privaten BUV-Systems	Bewahrung des heutigen privaten BUV-Systems ohne Reform
Vertreter	z.B. Schwintowski 2015	z.B. Fromme 2016 Römer 2010	z.B. GDV 2018+2020 Hottinger 2017
Politische Ideologie des Vorschlags	links	„Mitte“	markoliberal
Konkrete Vorschläge	status quo ante 2001	Kontrahierungszwang, einheitliche Prämien oder Prämiendeckel, Risikostrukturausgleich zwischen Anbietern	status quo
Argumente	siehe Kritikpunkte an privater BUV oben Reform 2001 sei „Verfassungsbruch“ gegen Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes geringere Verwaltungs- und Abschlusskosten des staatlichen Systems (z.B. keine Provisionen) Pflichtsystem für alle senkt via Solidarität die Einheitsprämie	siehe Kritikpunkte an privater BUV oben strengere Regulierung funktioniere auch bei privater Kranken- und Pflegeversicherung gut (Vorbild) Kritik an Langsamkeit und fragwürdigen Leistungsablehnungen auch im staatlichen System vor 2001	hohe Leistungsquote der privaten BUV geringe Ablehnungsquote geringe Prozess- und Beschwerdequote geringe Prämien für (fast) alle bei <i>frühzeitigem</i> Abschluss günstige Alternativen (Körperschutzpolice) verfügbar individuelle Wahlfreiheit

Die marktliberale Position der Versicherer betont (auf Basis eigener Zahlen), dass die private BUV nur wenige Anträge auf Versicherungsleistung ablehne, die Beschwerdequote beim Ombudsmann gering sei und die Prämien finanzierbar seien, wenn man die BUV früh z.B. als Schüler erwerbe. Das heutige System vermeide staatlichen Zwang und sichere individuelle Wahlfreiheit.

Schwintowski (2015) hält dagegen, dass die obigen Kritikpunkte in einem privaten System nicht lösbar seien. Die Abschaffung der gesetzlichen BUV 2001 sei wegen dieser sozialen Ungerechtigkeiten ein Verstoß gegen das Sozialstaatsgebot des GG. Eine solidarisch-einheitliche staatliche BUV-Pflichtversicherung sei auch in der Verwaltung effizienter und kostengünstiger.

Für andere (z.B. Fromme 2016) sind die Kritikpunkte einfacher, durch strenge staatliche Regulierung der privaten BUV lösbar, z.B. durch Pflicht für Versicherer, alle Anträge zu versichern und die Prämien für die Kunden eines Anbieters zu egalisieren. Das sei durch eine Art Risikostrukturausgleich zwischen den Anbietern wie in der Krankenversicherung auch auf einem privaten Markt machbar.

Am Ende steht die *individuelle und politische* Urteilsbildung: „Neige ich dazu, eine private BUV abzuschließen oder nicht (individuelle Ebene)? Erachte ich die Sicherstellung einer ‚guten‘ BUV als Privatsache oder politische Aufgabe? Welches System zur Absicherung der EWU/BU überzeugt mich am meisten (politische Ebene)?“

4. Fazit

Diese Skizze für ein Exempel zur sozioökonomischen Finanzbildung integriert kategoriale „ökonomische“ (Versicherung, Informationsasymmetrie, Transaktionskosten), „politische“ (v.a. Policy-, aber auch Politics- und Polity-Ebene) und „soziale“ Konzepte (soziale Ungleichheit, soziale Gerechtigkeit) anhand einer schüler- und problemorientierten Fragestellung. Diese wird auf individueller und systemischer Ebene kontrovers erörtert, um Mündigkeit zu fördern: ökonomische Verbraucherkompetenz, politische Kritikfähigkeit, soziale Verantwortungsfähigkeit und multiperspektivische Urteilsbildung.

Literatur

- Bareis, W. & Nauhauser, N. (2009): Lexikon der Finanzirrtümer. München
- BMAS (2015): Berufsunfähig – was nun?
<https://jugend-und-bildung.de/arbeitsmaterial/berufsunfaehig-was-nun/>
- Die Continentale (2019): Berufsunfähigkeit – das unterschätzte Risiko. Dortmund
- Dörsch, L. (2021): Was Berufsunfähigkeit für junge Menschen bedeutet.
<https://www.jetzt.de/gesundheits/jung-und-berufsunfaehig-fruehe-rente>
- Finanztest (2021): Finanzen und Versicherungen.
<https://www.test.de/unternehmen/jugend-schule-5017084-5724968/>
- Finanztip (2021a): Berufsunfähigkeitsversicherung.
<https://www.finanztip.de/berufsunfaehigkeitsversicherung/>
- Finanztip (2021b): Die Arbeitskraft früh absichern.
<https://www.finanztip.de/berufsunfaehigkeitsversicherung/bu-schueler-studenten/>
- Fromme, H. (2016): Unbezahlbarer Schutz ist unsozial. SZ 20.1.16
<https://www.sueddeutsche.de/geld/kommentar-im-stich-gelassen-1.2824734>
- GDV (2018): 5 Fakten zur Berufsunfähigkeitsversicherung.
<https://www.gdv.de/de/themen/news/5-fakten-zur-berufsunfaehigkeitsversicherung-34338>
- GDV (2020): Die Berufsunfähigkeitsversicherung leistet zuverlässig.
<https://www.gdv.de/de/themen/news/die-berufsunfaehigkeitsversicherung-leistet-zuverlaessig-62800>
- Hagelüken, A. (2020): Das Ende des Geldes, wie wir es kennen. München
- Hedtke, R. (2018): Anpassen oder aufklären? Finanzerziehung und sozioökonomische Bildung. GW Unterricht 152, 14-30
- Helberg, M. (2021): Berufsunfähigkeit Statistik: Die gefährlichsten Berufe.
<https://www.helberg.info/berufsunfaehigkeitsversicherung/information/definition-ursachen-statistik/berufsunfaehigkeit-statistik/>
- Hottinger, O. (Interview) (2017): Versicherer sind keine Neinsager. FR 19.5.17
<https://www.fr.de/wirtschaft/versicherer-sind-keine-neinsager-11052983.html>
- iff (o.J.): www.finanzielle-allgemeinbildung.de/SC_modul_02.html
- MSWWF NRW (1999): Sozialwissenschaften. Frechen
- Oehler, A. (2013): Neue alte Verbraucherleitbilder. <https://core.ac.uk/download/pdf/343128903.pdf>
- Petrik, A. (2007): Von den Schwierigkeiten, ein politischer Mensch zu werden. Opladen
- Report Mainz (2015a): Armutsrisiko Berufsunfähigkeit.
<https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/armutsrisiko-berufsunfaehigkeit/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS8xNjUzMTA1Mg/>

- Report Mainz (2015b): Autorengespräch Armutsrisiko Berufsunfähigkeit.
<https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/report-mainz/videosextern/autorengespraech-armutsrisiko-berufsunfaehigkeit-100.html>
- Römer, W. (2010): Rechtspolitische Optionen zur Schließung der BU-Lücke. *Verbraucher und Recht* 25, 366-370
- Schwintowski, H. (Interview) (2015): Report Mainz fragt Hans-Peter Schwintowski.
<https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/report-mainz-fragt-hans-peter-schwintowski/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS8xNjUzNTY4Ng/>
- Seeber, G. (2014): Ist sozioökonomische Bildung die bessere ökonomische Bildung? In: C. Müller u.a. (Hg.): *Bildung zur sozialen Marktwirtschaft*. Stuttgart
- Sternberger-Frey, B. (2014): Invalidität als Armutsrisiko. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 83, 113-127
- Verbraucherzentrale (2016): Berufsunfähigkeit – das verdrängte Risiko.
<https://www.ratgeber-verbraucherzentrale.de/media1154001A.pdf>
- Verbraucherzentrale (2018): Mit Geld umgehen lernen: Versicherungen.
https://www.verbraucherzentrale-rlp.de/sites/default/files/2018-11/3_Versicherungen_OMEGA.pdf